

Jetzt sind wir schon mehrere Jahre im HSP-Programm, müssen unsere Planungen und Ergebnisse von der Bezirksregierung genehmigen lassen. Mittlerweile müssen wir auch die „Giftliste“ mit in's Visier nehmen.

Von Beginn an die Grundsteuer um 1-3 Punkte mehr anzuheben hätte da positiv in die Zukunft gewirkt!

Schon für den HH 2013 musste festgestellt werden, dass die Personaldecke ausgereizt ist. Und jetzt? Aufgaben wurden zusammengelegt mit anderen Kommunen, Aufgabenbereiche wurden begrenzt, die Personaldecke ist in vielen Bereichen unter dem Limit.

Die Personalkostenerstattung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket von 40 Tsd. € hilft da etwas.

Es kommen immer wieder Herausforderungen auf uns zu, denen wir uns – dankenswerter Weise – **gemeinsam im Rat und in der Verwaltung** stellen.

Aktuell sind es die Flüchtlinge. Auch hier erleben wir eine starke ehrenamtliche Beteiligung in unserer Stadt, die größtenteils eine hochprofessionelle Hilfe erbringt von Sprachkursen, ärztlicher und pflegerischer Gesundheitsbetreuung bis zu den integrativen Hilfen und Spenden für den alltäglichen Bedarf. Ohne sie würde es gar nicht funktionieren.

Dass das Ordnungsamt und das Sozialamt personell hier auch überfordert sind, ist nachvollziehbar!

Hoffen und beobachten wir, inwieweit die mit diesem HH ausgewiesenen zusätzlichen Stellen dort etwas auffangen können. Wir erwarten auch mehr Unterstützung von Bund und Land! Wir Grünen haben dazu auch am vergangenen Wochenende während des Bundesparteitages Forderungen an die Bundesregierung formuliert.

Ein nachvollziehbares Grundrecht aller Menschen ist es doch, andere Perspektiven zu leben als auf die tödenden Bomben oder andere Anschläge zu warten – sei es vom IS, Russland, dem eigenen Staat oder anderen.

Dass die deutsche Beteiligung sich in andere Richtung bewegt wie die von Heckler & Koch kann nur richtig sein!

Wenn sich die Berechnungssystematik der Gemeindefinanzen bis 2017 laut HH-Entwurf noch positiv verändern kann, erwarten wir dies auch für Flüchtlingsunterkünfte und Betreuung!

2 Einsparungspunkte aus der Liste B, die auch von den Grünen unterstützt werden sind ja wohl schon auf dem Weg:

Die Reduzierung des Reinigungsstandards ist vorberaten

und die öffentliche Toilettenanlage ist verzichtbar, wenn auch bei Mercaden im Gastrobereich eine Schwerbehindertentoilettenanlage eingeplant und gebaut wird.

Trotz Nothaushaltskommune konnten wir alle mehrere Wochen lang Natur und Kultur erleben und genießen im Lippepolder dank der Gelder vom Lippeverband, der Sparkasse und der Volksbank – und inhaltlich getragen durch das Engagement, die Ideen und die Arbeit vieler kreativer Menschen. Das begeisterte so viele Menschen, dass mehrere hundert Tausend den Ort mit und ohne Extra – Programm besuchten. Es machte auch deutlich:

Wir leben in einer schönen Stadt - gemeinsam mit interessanten und auch offenen Menschen.

Wir befinden uns im demografischen Wandel. Das bedeutet aber auch, dass wir die planfähigen Faktoren der Zukunft im Visier haben müssen. Die Entscheidung junger Familien, nach Dorsten zu ziehen oder in Dorsten zu bleiben hängt auch von einem vielfältigen und qualitätvollen Arbeitsplatzangebot ab aber auch einer attraktiven Infrastruktur für Familien wie Kita-Plätze und gut erreichbare Schulangebote.

Das trifft auf jeden Ortsteil zu. Die ideale Perspektive wäre da „Eine Schule für alle“.

An Grundschulen in dünnbesiedelten Räumen kann es „JÜL“ sein wie in Deuten erfahren, stellvertretend für andere Wohnquartiere,

im SI-Bereich die Sekundarschule, wie in Vorbereitung im Pliesterbecker Zentrum

und im SEK I/SEK II -Bereich die Gesamtschule.

Bei allem Ringen um die geeignetsten Maßnahmen, unseren Not-HH genehmigungsfähig zu halten sollten wir nicht über den HH-Einsparungsweg hinten rum Entscheidungen treffen. Eigentlich müssten aktuell im Fachgremium mit bezahlter Gutachterlicher Begleitung Vorberatungen stattfinden.

Der Ratsentscheid “Schließung der Wichernschule“ ist nicht nur arrogant, sondern bringt auch zum Ausdruck, dass die Mehrheit des Rates der fachlichen Begleitung nicht bedarf.

In dem Prozess, den HSP gemeinsam zu erarbeiten, geht es wesentlich darum, die unterschiedlichen Ansichten und Positionen der verschiedenen Fraktionen abzuwägen und einen geeigneten Weg für uns bis 2021 zu finden. Das bedarf auch Wertschätzung voreinander und der unterschiedlichen Positionen.

Schulentwicklungsplanung darf nicht mit dem HSP betrieben werden!

Laut dem Gutachter haben sich die Schülerzahlen in den nächsten 5 Jahren im Bereich der Förderschüler so verändert, dass dann von einem weitaus geringeren Raumbedarf ausgegangen werden kann. Dann kann aber die Grundschule dort nicht mehr zurückgeführt werden!

Wer als Ratsmitglied trotzdem dieser Meinung ist – oder eben auch einer anderen – sollte dazu offen stehen dürfen, auch wenn das Gesetz die geheime Abstimmung erlaubt.

Einer vertrauensvollen Zusammenarbeit ist die geheime Abstimmung abträglich.

Wir haben noch mindestens weitere 5 Jahre den besonderen Herausforderungen standzuhalten -

gemeinsam ?! An uns und unserer Fairness wird es natürlich nicht scheitern!

Dazu gehört auch eine Begegnung „auf Augenhöhe“ .